



Thema

Rechtsgrundlagen Sprechfunk

Gliederung

Theorie und praktische Anwendung durch Fallbeispiele siehe Übungsvorschlag

Lernziele

Die Teilnehmer*innen sollen die für die Truppfunktion bedeutenden rechtlichen und technischen Grundlagen im Digitalfunk erläutern können.

Lerninhalte

- Grundlagen
- Funkdienste
- Zuständigkeiten
- Dienstvorschriften
- Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben
- Strafgesetzbuch
- Betriebliche Grundlagen
- Telekommunikationsgesetz

Ausbilderunterlagen

- Präsentation „Rechtsgrundlagen Sprechfunk“
- Übungsvorschlag mit Fallbeispielen

Lernhilfen

Für den Teilnehmer: Rechtsgrundlagen Fachinformation



3. Gesetze, Verordnungen, Dienstvorschriften

- Telekommunikationsgesetz
Folie 7 Präsentation Rechtsgrundlagen

- ✓ Durch das BDBOSG wurde eine neue Bundesanstalt eingeführt, sie trägt die Bezeichnung Bundesanstalt für den Digitalfunk der Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben. Der Sinn und Zweck ist der Aufbau und Betrieb eines bundesweit einheitlichen Digitalfunknetzes. Bundesanstalt sitzt in Berlin
- ✓ Das Verwaltungsabkommen zwischen Bund und Ländern regelt den Aufbau und Betrieb des Digitalfunks. Zur Umsetzung der Betriebskonzepte werden auf Landesebene verschiedene Betriebsstellen betrieben:
 - Koordinierende Stelle
 - Autorisierte Stelle
 - Taktisch-technische Betriebsstelle
- ✓ Als eine weitere Säule des gesetzlichen Rahmens steht im Fernmelderecht das Strafgesetzbuch. Es dient dazu die Voraussetzungen von strafbarem Handeln im Sprechfunk zu regeln. Weiterhin gibt es das Strafmaß für Zuwiderhandlungen vor.

Teil 10: Öffentliche Sicherheit und Notfallvorsorge (§§ 164 – 190)

Hier werden Notrufe und Durchgabe von Warnungen vor Notfällen und Katastrophen vorgeschrieben. Es werden die Maßnahmen zur Gewährleistung der Sicherheit der Netze geregelt. Zudem müssen Anbieter und Betreiber die Sicherheitsbehörden bei Abwehr und Verfolgung von Angriffen auf die öffentliche Sicherheit unterstützen, zum Beispiel mittels Abhörmaßnahmen, Auskunft über Bestands- und Nutzungsdaten oder mittels der Identitätsprüfung bei Vertragsschluss. Für nationale Notfälle müssen Telekommunikationsdienste bestimmten Behörden bevorrechtigt bereitgestellt werden.



- FwDV 800 und FwDV 810
[Folie 8 Präsentation Rechtsgrundlagen](#)

- Strafgesetzbuch
[Folie 9 Präsentation Rechtsgrundlagen](#)
[Übungsvorschlag](#)

- BOS-Funkrichtlinie
[Folie 10 Präsentation Rechtsgrundlagen](#)

- Betriebliche Grundlagen
[Folie 11 Präsentation Rechtsgrundlagen](#)

Die Dienstvorschriften regeln Einzelheiten zum Fernmeldebetrieb:
Beispiele:

- Gesprächsabwicklung
- Verkehrsarten
- Arten von Nachrichten
- Datenübertragung
- Organisation des Fernmeldebetriebs

Das Strafgesetzbuch regelt die strafrechtlichen Bestimmungen:
Beispiele:

- Verletzung der Vertraulichkeit des Wortes
- Verletzung von Dienstgeheimnissen
- Vorteilsnahme
- usw.

Folgen: Freiheitsstrafe, Geldstrafe
Zur Unterstützung dieser Lerneinheit empfiehlt sich die Nutzung der Fallbeispiele, die ein Szenario abbilden, in denen die einzelnen Bestimmungen und Paragraphen des StGB besprochen werden können.

Die BOS Funkrichtlinie regelt

- die Bestimmungen für Frequenzuteilung
- den Betrieb von Funkanlagen
- technische Rahmenbedingungen für das BOS Netz
- Zuweisung von Frequenzbereichen für BOS Anwendungen
- Die Berechtigung zur Teilnahme am BOS-Funk

Die betrieblichen Grundlagen bilden die Basis für die Zusammenarbeit der für den Sprechfunk zuständigen Behörden auf Bundesebene und Länderebene. Es werden die Schnittstellen zwischen diesen beiden behördlichen Ebenen klar strukturiert. In der Übersicht finden sich die zuständigen Behörden auf Ebene des Landes Niedersachsen wieder.